

Monatsspiegel

Oktober 2005



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Mit Inhalten und Engagement

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Bundestagswahl hat der SPD in Erlangen ein Wechselbad der Gefühle beschert.

Einerseits war die Stimmung gut, als am späteren Abend auf der Wahlparty im Turnerbund mit Hinzurechnung von Überhangmandaten die SPD für kurze Zeit gleichauf mit der Union lag, andererseits wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit den Ergebnissen der Nachwahl von Dresden die Union knapp die stärkste Fraktion werden.

Einerseits gibt es eine klare Mehrheit links vom bürgerlichen Lager, andererseits wird es schwer werden das Ziel, dass Gerhard Schröder Kanzler bleibt, zu erreichen.

Um so größer ist die Freude, dass wir mit Renate Schmidt wieder eine Bundestags- abgeordnete im Wahlkreis Erlangen Höchststadt haben.

Die Freude darüber kam schon bei der Bundestagswahlkreis-konferenz am 12. Juli in Röttenbach durch ihr einstimmiges

Nominierungsergebnis zum Ausdruck. In einem kurzen aber umso intensiveren Wahlkampf führte uns Renate von Tag zu Tag immer wieder vor mit welcher Disziplin und Verantwortung sie mit ihrem Ministeramt für Familien, Senioren, Frauen und Jugend umgeht.

Sie hat uns alle mitgerissen, und so können wir voll Stolz von einem inhaltlich gelungenen und engagierten Wahlkampf sprechen, der auch in der Presse die gebührende Beachtung fand.

Renate konnte zwar das Direktmandat für den Stimmkreis nicht gewinnen, lag in der Stadt mit 43,5 % zu 42,0 % des CSU Bewerbers jedoch deutlich vorne. Der Landkreis Erlangen-Höchststadt ging aber klar mit fast 15 % Vorsprung (51,3 % Müller gegenüber 36,7 % für Renate Schmidt) an den CSU- Bewerber.

Hier wird deutlich, dass es in der Kürze der Wahlkampfzeit für Renate nicht möglich war flächendeckend vor Ort

für sich zu werben. Alle die bei ihren Auftritten miterleben durften, wie schnell sich um sie eine Ansammlung von Interessierten scharte, die inhaltlich fundiert und ausführlich Auskunft erhielten, werden meine Meinung teilen das dieses persönliche Potenzial bei einer längeren Wahlkampfzeit erheblich zu Buche geschlagen hätte.

So bleibt festzuhalten, das Renate Schmidt bayernweit das drittbeste SPD-Ergebnis erzielen konnte und wir im Zweitstimmenergebnis mit 31,8 % auf Platz 7 der SPD- Bayernliste stehen.

Als Stadt allein betrachtet hätten wir mit unseren 33,8 % sogar Rang zwei hinter Nürnberg Süd. Ein Ergebnis, dass sich sehen lassen kann. Wir können durchaus stolz darauf sein, dass trotz eines Verlustes von 1,7 %, Mittelfranken liegt bei 1,5 %, sich die Linke Partei bei 3,4 % befindet, wir aber gegenüber der CSU mit 36,8 % nur noch einen Abstand von drei Prozent ha-

Fortsetzung auf Seite 3

Oktober

4	20.00	AWO Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaurach	S. 11
5	20.00	Dritte Welt Laden	AsF	S. 13
11	17.00	August-Bebel-Haus	60Plus	S. 13
11	20.00	Deutsches Haus	Kreisvorstandssitzung	
11	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 12
18	20.00	Angerwirt	Distrikt Anger	S. 10
18	20.00	FSV Bruck	Distrikt Bruck	S. 10
18	20.00	Schützenhaus	Distrikt Eltersdorf	S. 10
19	20.00	Waldschänke	Distrikt Ost	S. 11
19	20.00	Biergarten Röthelheim	Distrikt Süd	S. 12
19	20.00	Zur Einkehr	Distrikt West	S. 13
20	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	S. 4
21	21.00	E-Werk	Benifizveranstaltung San Carlos	S. 9
25	20.00	Mohrenkopf	Distrikt Innenstadt	S. 11

November

9	20.00	August-Bebel-Haus	AsF	S. 13
10	20.00	Deutsches Haus	Kreisvorstandssitzung	
13	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe Ganzessen	S. 12
15	20.00	AWO Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaurach	
17	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	

Wer Interesse an Online-Dokumentation (pdf-file) des Monatsspiegels hat, der schaut am besten ins Inetrnet unter www.spd-erlangen.de

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe November 2005
19. 10. 2005**

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522

Fax: 09131-8126513

E-Mail: buero@spd-erlangen.de

Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr

Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr

Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr

Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:

Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
Baumschulenweg 11,
91058 Erlangen
Tel.:09131303090
e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

750 Stück

ben. Das dürfen wir auch unserem Wahlkampf zurechnen.

Erfolgreicher Wahlkampf

Getragen von vielen, vielen Genossinnen und Genossen hat die Erlanger SPD gemeinsam mit dem Unterbezirk um Georg Brugger und Jutta Ledertheil aber auch dem Kreisverband Erlangen- Höchststadt unter Fritz Müller und Dieter Rosner für den Erlanger Kreisverband einen erfolgreichen Wahlkampf geführt. Wir haben klare und fundierte Positionen vertreten und durften dabei feststellen, dass unsere Glaubwürdigkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern mehr und mehr akzeptiert wurde.

Wir haben konsequent vor allem auf Inhalte gesetzt und waren damit gut beraten.

Unsere Veranstaltungen waren hochkarätig besetzt, wobei die Veranstaltung mit Wolfgang Thierse nochmals für weitere Motivation sorgte.

Ein großer Dank gilt allen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden und vor allem Distrikten und Arbeitsgemeinschaften (Dreycedern war einfach toll!), die sich mit großem Engagement und einer Menge Kreativität an einer Vielzahl von Aktionen beteiligt haben, egal ob Infostände, Plakatierungen, Hausverteilungen, Kneipentouren, Betriebsverteilungen und noch einigem mehr.

50 Veranstaltungen hat Renate Schmidt mit uns in ihrem Stimmkreis bestritten, bundesweit kam sie es als Ministerin auf insgesamt 135 Termine gebracht. Dafür unser herzlicher Dank, verbunden mit einer gehörigen Portion Respekt.

Wir haben gemeinsam gekämpft in Stadt und Land und dadurch weiter an Geschlossenheit gewonnen.

Daran werden wir anknüpfen, wenn wir unsere neuen Aufgaben angehen, auch um diese erfolgreich zu bestehen.

Es ist hier nicht der Ort und auf Grund des Redaktionsschlusses des Monatspiegels auch nicht die Zeit für eine genauere Wahlanalyse. Wir müssen uns Zeit nehmen und die Ergebnisse auch im Verhältnis zu den Kommunalwahlen genau ansehen.

Erste Ergebnisse vor Ort zeigen uns, das die Verluste in den so genannten Hochburgen für uns mit 2,9 % gegenüber der CSU (7,8 %) relativ gering ausgefallen sind.

Soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Frieden

Das Wählervotum hat einer Fortführung der rot- grünen Regierung den Auftrag versagt, obwohl diese Regierung eine Vielzahl Reformen auf den Weg gebracht hat. Zweifelsfrei bedeutet das Wahlergebnis auch einen (Mit-) Regierungsauftrag für die SPD. Dies ist eine schwierige Aufgabe im Anbetracht der Tatsache, dass es eine deut-

Fortsetzung auf Seite 4



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str.1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

.....

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	4
Zur Reform des Sozialversicherungssystem in Deutschland	5
Geburtstage	9
15 Jahre Partnerschaft mit San Calos	9
Aus den Distrikten	10
Aus den Arbeitsgemeinschaften	13
Aus dem Stadtrat	14

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 20. Oktober 2005, 20.00 Uhr, im Turnerbund, Spardorfer Str. 79

Tagesordnung:

1. **Aktuelles**
2. **Reform des Sozialversicherungssystems in Deutschland**
3. **Anträge**
4. **Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
5. **Verschiedenes**

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Fortsetzung von Seite 3
liche Mehrheit von über 53 % jenseits des bürgerlichen Lagers von Schwarz-Gelb gibt, diese Mehrheit aber momentan nicht bereit ist zusammenzuarbeiten. Unsere Wähler haben uns zu nahezu 50 Prozent aus Parteikompetenz gewählt, je ein Viertel hat eine langfristige Bindung an die SPD bzw gibt die Person von Gerhard Schröder als Wahlentscheidung an.

Inhaltlich überwiegt die Gerechtigkeitsfrage (45 %), vor der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (26 bzw 27 %

) und fast genauso wichtig ist die Außen – und Sicherheitspolitik (23 %).

Bei den Altersgruppen der SPD – Wähler liegen wir mit Ausnahme der über 60-jährigen vorne. Deutlich sogar bei den Jungwählern bis 24 Jahre mit 38% (Union 26%). Hieraus müssen wir auch eine Verpflichtung und unser Handeln ableiten.

Unsere klar definierten Ziele Arbeiternehmerechte sichern, Zukunftschancen für Jugendliche, gerechte Steuern, soziale Sicherheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung von neu-

en Energien, gegen jede Form von Diskriminierung und eine friedliche und gestaltende Außenpolitik gilt es in den anstehenden Sondierungsgesprächen engagiert zu vertreten.

Sozialdemokratische Politik braucht klare Konturen und das Vertrauen der Menschen. Daran müssen wir arbeiten. Und die Erlanger SPD wird keinen Zweifel an ihrer Solidarität aufkommen lassen.

Freundschaft !

Robert Thaler

Kreisvorsitzender

23. Juni 2005

Zur Reform des Sozialversicherungssystems in Deutschland

Positionspapier der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Projektgruppe der Erlanger SPD (Entwurf)

1. Vorbemerkung

In Zeiten schlechter Konjunktur insbesondere auch seit der deutschen Vereinigung wurde Sozialpolitik zunehmend geprägt durch vermeintliche Tageszwänge der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Lange bewährte Grundprinzipien der konzeptionellen Gestaltung verkamen. Der Stellenwert von Sozialpolitik in der gesamtstaatlichen Politik in Deutschland nahm erheblich ab. Die unausgesprochene Große Koalition der Sozialpolitiker von SPD und CDU, die seit 1949 das Geschehen deutlich prägte, löste sich zunehmend auf. Der politische Stellenwert profilierter durchsetzungsfähiger Sozialpolitiker in den jeweiligen Parteien nahm ab. Karrieren auf der Grundlage sozialpolitischer Kompetenz wurden seltener. Sozialpolitik hat auch hierdurch an Bedeutung verloren.

Die konkrete gesellschaftliche Entwicklung zeigt, dass trotz sozialdemokratischer Führung der Bundesregierung Armut und soziale Benachteiligung strukturell weiter zunehmen, z.B. stieg die Zahl der Arbeitslosen, insbesondere auch der Langzeitarbeitslosen, aber auch der Sozialhilfeempfänger weiter an. Der Abstand zwischen den Einkommen im unteren und dem oberen Drittel der Bevölkerung nahm ebenso zu wie diese gesellschaftliche Polarisierung auch in der Vermögensverteilung zu beobachten ist. Strukturprobleme bei der Finanzierung des Sozialstaats werden allzu oft als Notwendigkeit zum Abbau von Sozialleistungen interpretiert. Die ebenfalls mögliche aus sozialdemokratischer Sicht eigentlich nahe liegende Variante, Finanzierungsmodalitäten angesichts des nach wie vor bestehenden hohen Wohlstandsniveaus umzugestalten, wird oft außer acht gelassen.

Kernpunkt der Arbeit der „Wirtschafts- und Sozialpolitischen Projektgruppe“ war die Diskussion über Strukturprobleme und Reformbedarf im System der Sozialversicherung in Deutschland.

Angestoßen war dies auch durch die Diskussion um die „Agenda 2010“. Eine wesentliche Rolle spielten hierbei Faktoren, die unmittelbar oder auch mittelbar die finanzielle Leistungsfähigkeit des Sozialversicherungssystems nachhaltig beeinflussen.

In der Diskussion über das in Vorbereitung befindliche neue Parteiprogramm spielen diese Aspekte ebenfalls eine zentrale Rolle. Das Ergebnis dieser Diskussion in der Projektgruppe wird nachfolgend in den Grundlinien dargestellt.

2. Was will Sozialpolitik

Die Grundidee von Sozialpolitik ist, die Risiken des Lebens abzufedern und hierdurch ein Mindestmaß an materieller und gesellschaftlicher Absicherung zu gewährleisten. Durch gezielte Maßnahmen sollen Voraussetzungen für individuelle Chancengleichheit in allen Lebensbereichen gefördert und möglichst hergestellt werden. Ziel von Sozialpolitik ist es aber auch, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.

- Im Folgenden geht es um den durch die Sozialversicherung abgedeckten Bereich, der im Mittelpunkt der Projektgruppenarbeit stand. Es handelt sich darum
- die Risiken von Gesundheit und Krankheit abzusichern

- materielle Sicherheit im Alter zu gewährleisten
- Risiken des Arbeitsmarktes abzusichern (Arbeitslosigkeit, Invalidität, Qualifikationsdefizite)
- Sonderbelastungen von Familien mit Kindern zu mildern
- Personen mit körperlichen, geistigen und seelischen Defiziten eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich zu machen.

Standards von Sozialpolitik leiten sich nicht unbedingt aus objektiven Daten ab sondern resultieren aus Wertvorstellungen und gesellschaftlichem Konsens. Sie spiegeln somit auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse wieder. Zu bedenken ist, dass Sozialpolitik neben der ethisch abgeleiteten Funktion auch die Aufgabe hat, durch (relativen) sozialen Frieden gesellschaftliche Konflikte zu begrenzen und somit die Stabilität des ökonomischen und politischen Systems zu stützen. In jedem Fall ist Sozialpolitik auch ein Instrument, ungezügelter Kapitalismus auszubremsen und den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich diesem teilweise und zeitweise zu entziehen.

Aus der Natur von sozialen Problemlagen und dem fundamental vorhandenen menschlichen Bedarf an Sicherheit im Bereich der Existenzgrundlagen ergibt sich, dass sozialpolitische Strategien und Konzepte auf längere Dauer hin anzulegen sind.

3. Die Rahmenbedingungen für Sozialpolitik haben sich verändert

Die zentralen Gestaltungsmerkmale für unser Sozialversicherungssystem

sind inzwischen etwa 120 Jahre alt. Sozialversicherung ist öffentlich-rechtlich organisiert und nicht unmittelbar Teil des Staatshaushalts. Die Zweige der Sozialversicherung finanzieren sich im Prinzip durch lohnbezogene Beiträge. Ausgangspunkt für regelmäßige Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt sind meist spezifische Anlässe wie die Abdeckung von Kriegsfolgelasten oder Leistungen, die nicht zum Kern des Versicherungsauftrages gehören.

Die laufenden Leistungen werden durch die laufenden Einnahmen finanziert. Veränderungen bei den aktuellen Einnahmen tangieren somit unmittelbar die Leistungen. Es gibt keine Rücklagen / keinen Kapitalstock. Es handelt sich also um eine reine Umlagenfinanzierung.

Die Unabhängigkeit der Finanzierung vom Staatshaushalt hat sich insbesondere im Bereich der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung stark relativiert, weil die Beitragssätze einen hohen politischen Stellenwert haben. Es bestehen automatische Verpflichtungen des Staates, in Defizitsituationen mit Zuschüssen einzuspringen. Um diese zu begrenzen, erfolgten in der Vergangenheit oft relativ kurzfristig Eingriffe auf der Leistungs- oder Beitragsseite.

Hinzu kommen nachhaltige Veränderungen in den Rahmenbedingungen. Die Bevölkerungsstruktur, das Erwerbssystem und die sehr viel stärkere internationale Vernetzung durch die europäische Integration und internationale Arbeitsteilung (Globalisierung) verändern den Handlungsrahmen für Sozialpolitik. Als Kernfrage stellt sich dabei heraus, ob das bisherige Finanzierungssystem als sozial gerecht und ökonomisch vernünftig anzusehen ist.

a) **Demographie:** Die Lebenserwartung der Menschen hat in den letzten 50 Jahren deutlich zugenommen. Während früher die Lebenserwartung nach der Verrentung nur wenige Jahre betrug, liegt sie heute bei etwa 20 Jahren (wenn man das tatsächliche und nicht das rechtlich festgelegte Rentenalter betrachtet). Deutlich zurück gehende Geburtenzahlen haben darüber hinaus dazu geführt, dass schon heute aber noch mehr in der Zukunft die Relation zwischen Kindern/Jugend-

lichen, Erwerbstätigen und Ruhegeldbeziehern sich fundamental verschiebt.

Die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung hat sich also nachhaltig verändert. Dieser Prozess wird in absehbarer Zeit ungebremst weiter gehen. Hieraus resultieren deutlich veränderte Finanzierungsbedarfe insbesondere im Bereich der Rentenversicherung aber auch der Krankenversicherung. Beitragssätze haben sich hier in den letzten 50 Jahren fast verdoppelt. Durch vermehrte Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt wurden noch größere Anstiege verhindert (so stammt gegenwärtig etwa ein Drittel der Einnahmen der Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt). Erhebliche weitere Anstiege sind bei nicht verändertem Finanzierungsmodus unvermeidlich, wenn man nicht das Sozialleistungsniveau drastisch absenken will. Auch eine graduell veränderte Lohnpolitik dürfte an der fundamentalen Finanzierungslücke mit ihren Auswirkungen auf die Beitragshöhe kaum etwas ändern. Voraussetzung wären dafür gesellschaftliche und ökonomische Machtverhältnisse, die nicht absehbar sind.

b) **Massenarbeitslosigkeit** ist in Deutschland seit längerem ein alltägliches Problem. Die lange anhaltende Beschäftigungskrise hat zu einer starken Strukturalisierung der Arbeitslosigkeit geführt. Das heißt, dass von der Arbeitslosigkeit nicht alle Beschäftigtengruppen in gleicher Weise betroffen sind. So sind z. B. Personen ohne Berufsabschluss, gesundheitlich Beeinträchtigte und ältere Arbeitnehmer überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch starke regionale Unterschiede der Arbeitsmarktchancen bestimmen Niveaus von Arbeitslosigkeit. Strukturell lässt sich das Problem der unterschiedlichen Belastung einzelner Personengruppen nur nachhaltig durch intensive Investitionen in schulische und berufliche Qualifikation mindern. Qualifikationsdefizite sind nämlich als eine zentrale Ursache für solche Strukturalisierung zu betrachten. Zusätzlich kann die Förderung regionaler Mobilität einen positiven Beitrag leisten.

Bemühungen, dieser Probleme durch geeignete politische Instrumente Herr zu werden, haben bisher zu keinem durchschlagenden Erfolg geführt. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist zumindest auf längere Zeit hin nicht besonders wahrscheinlich. Zu bedenken ist, dass Vollbeschäftigung in der Geschichte der Bundesrepublik bisher auch nur etwa 10 Jahre bestand. Auch in der Zeit davor seit Beginn der Industrialisierung war sie die extreme Ausnahme.

Durch fortdauernde und seit Mitte der siebziger Jahre relativ kontinuierlich zunehmende Massenarbeitslosigkeit und deren sozialen Folgen ergibt sich ein hoher eher zunehmender Aufwand für sozialpolitische Intervention, der nur schwer durch die Versicherungsbeiträge der Beschäftigten zu finanzieren ist.

c) Im **Erwerbssystem** hat sich eine strukturelle Veränderung weg vom Normalarbeitsverhältnis (durchgängige lebenslange Erwerbstätigkeit mit voller Stundenzahl) entwickelt. Nahezu die Hälfte aller Erwerbstätigen arbeitet gegenwärtig im Lebensverlauf nicht kontinuierlich vollzeitleich. Dies wird aktuell verstärkt bewusst durch die ICh-AG, Mini- und Midi-Jobs.

Auch Teilzeitarbeit oder z.B. der Wechsel zwischen abhängiger und selbständiger Tätigkeit sorgen dafür, dass Regelungen, die die Höhe sozialpolitischer Leistungen ausgehend vom Normalarbeitsverhältnis bemessen, zunehmend nicht mehr tragfähig sind. Allzu viele Menschen werden deswegen im Alter nur unzureichende Renten beziehen können. Vielen der Betroffenen ist dieses in der vollen Tragweite nicht bewusst. Die Idee, durch zusätzliche private Absicherung (z.B. Riester-Rente, Rürup-Rente) dies zu kompensieren, trägt dabei nicht unbedingt, weil – neben den ökonomischen Risiken – nicht vollzeitleich oder nicht kontinuierlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte oft nur ein unterdurchschnittliches Einkommen erzielen und somit real wenig Spielraum für zusätzliche Absicherung besteht.

d) **Bildungszeiten** haben sich deutlich verlängert. Hieraus ergeben sich Rückwirkungen auf die Dauer der Erwerbstätigkeit. Das beinhaltet reduzierte Beitragszeiten und entsprechend auch – potenziell – eine entsprechend niedrigere Rente. Bei unserem System der Umlagefinanzierung der Sozialversicherung schrumpft bei konstanten Beitragssätzen (zusätzlich) entsprechend das Beitragsaufkommen.

e) Von der **europäischen Integration** gehen vielfältige Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt aus, die mittelbar die Aufwände für Sozialpolitik in Deutschland steigern und

die Einnahmedynamik im bisherigen Finanzierungssystem der Sozialpolitik mindern. Insbesondere einfache Beschäftigung aber auch andere verlagert sich in Länder mit deutlich niedrigeren Arbeitskosten (unmittelbare Lohnkosten und Kosten für Sozialversicherung).

Anzutreffen ist oft auch die Drohung mit Verlagerung; dies ist ein Instrument zur Reduktion arbeitsrechtlicher Standards und reduziert die Handlungsfähigkeit der nationalen Gewerkschaften und der Regierungen.

Freizügigkeit der Arbeitskräfte und nicht mehr oder deutlich weniger gehinderter grenzüberschreitender Verkehr von Gütern und Dienstleistungen führen zu veränderten Konkurrenzbedingungen und vermindern Lohndynamik im Inland und lassen auch die Arbeitslosigkeit hier ansteigen. Handlungsspielräume für gewerkschaftliche Interessenvertretung schrumpfen deutlich wie es die vielen Beispiele der letzten Zeit belegen, in denen es um die Alternative Standortverlagerung oder Einkommensminderung bzw. Arbeitszeitverlängerung ging. Nichts spricht dafür, dass sich diese Konstellation in nächster Zeit ändern wird. Erst wenn die Angleichung der Lebensniveaus in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wesentliche Fortschritte gemacht hat, ist mit einer gewissen Entlastung in Deutschland zu rechnen.

Analog gilt dieses in weiten Teilen auch für die zu beobachtende Globalisierung kapitalistischen Wirtschaftens gefördert durch überwiegend neoliberalen

wirtschaftspolitische Konzepte in den wichtigsten Industriestaaten.

Welchen Stellenwert die Festlegung von Mindeststandards durch die Europäische Union hat, die für alle Mitgliedsstaaten gelten, ist gegenwärtig nicht absehbar. Potentiell könnten diese recht bedeutsam werden, wenn man bedenkt, dass ein Gutteil der aktuellen Situation auch durch die jüngste EU-Erweiterung geprägt ist.

f) Insbesondere die von CDU/CSU und FDP durchgesetzte Finanzierung eines erheblichen Teils der **Kosten der deutschen Einheit**, die durch den Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft und der daraus entstandenen Massenarbeitslosigkeit resultierten, über die Sozialversicherungen haben deren Haushalte insbesondere den der Arbeitslosenversicherung stark belastet. Ohne diese Belastung würde die Beitragssätze heute um fast 4 Prozentpunkte niedriger liegen. Die durch die deutsche Einheit entstandene strukturelle Belastung der Sozialversicherung besteht unvermindert fort, da es nicht gelungen ist, die Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Folgen zu beseitigen. Vieles spräche dafür, diese Kosten aus öffentlichen Haushalten zu finanzieren, da sie nicht systembedingt sondern aus politischen Gründen entstanden.

4. Bisherige Finanzierungskonzepte von Sozialpolitik

Bisherige Finanzierungskonzepte von Sozialpolitik gehören auf den Prüfstand.

Kernbereiche der Sozialpolitik werden seit Ende des 19. Jahrhunderts durch lohnabhängige weitgehend paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragene Zuschläge finanziert. Hierdurch werden all die Wirtschaftsbereiche besonders belastet, die beschäftigungsintensiv produzieren. Aus zwei Gründen ist dies kontraproduktiv: zum einen wegen der arbeitsmarktlichen Konkurrenzbeziehungen. Wegen der Belastung mit relativ hohen Sozialversicherungsbeiträgen in Deutschland (in vielen anderen Staaten gibt es andere nicht lohn-

bezogene Finanzierungsmodelle) differieren die Lohnkosten zwischen ansonsten vergleichbaren Standorten im Ausland, so dass hierdurch in Deutschland an sich vorhandene Potentiale für Beschäftigung nicht ausgeschöpft werden können. Zum anderen werden ökonomisch besonders leistungsfähige Bereiche mit geringem Beschäftigungsanteil an der Wertschöpfung nicht entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der Sozialpolitik beteiligt. Es ist darüber hinaus nicht unbedingt plausibel, dass Einkommen aus Kapital, selbständige Tätigkeit oder auch Beamtenum nicht anteilig belastet werden, obwohl nicht selten das Solidarsystem durch diese Personengruppen für den Übergang in oder aus beruflicher Selbständigkeit belastet wird.

Die Abgrenzungskriterien bei der Finanzierung von Leistungen sind unscharf. Manches, was von der Solidargemeinschaft der Sozialversicherungspflichtigen bezahlt wird, müsste eigentlich von der Entstehung der Ansprüche her gesehen anders finanziert werden. Die Finanzierung aus den Sozialversicherungsbeiträgen wurde manchmal auch gewählt, weil dieses sich politisch einfacher realisieren ließ.

5. Prinzipien der Finanzierung

Grundsätzlich anzustreben wäre eine Finanzierung des Systems sozialer Sicherung unabhängig von Arbeitslöhnen, weil es beim bestehenden Finanzierungsmodell zu einer strukturell übergewichtigen Belastung abhängiger Beschäftigung kommt und so vorhandene Potentiale für Beschäftigung nicht ausgeschöpft werden können sowie auch gegen das in Steuer- und Sozialrecht eigentlich übliche Prinzip der individuellen Belastung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verstoßen wird. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass in vergleichbaren Industriestaaten mehr oder weniger große Teile der Sozialversicherung durch Steuern und nicht durch Abgaben auf den Lohn finanziert werden. Wie dieses im Einzelnen in Deutschland realisiert werden könnte, hat das DIW in unterschiedlichen Studien diskutiert. Dabei besteht, das wird deutlich, erheb-

licher politischer Gestaltungsspielraum.

Die bisherige Orientierung der Leistungshöhe am bisherigen Lebensniveau ist aufrecht zu erhalten.

Eine entsprechende Veränderung des Finanzierungssystems hin zu lohnabhängiger Finanzierung kann Schritt für Schritt erfolgen.

- Versicherungsfremde Leistungen sollten baldmöglichst ausschließlich aus Steuermitteln finanziert werden.
 - Die hälftige Belastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollte grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben; der Arbeitgeberbeitrag sollte nicht lohnbezogen sondern wertschöpfungsorientiert bemessen werden.
 - An die Stelle bisheriger Sozialversicherungsbeiträge sollte eine an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen orientierte zweckgebundene Sozialversicherungsabgabe treten. Einzubeziehen wären Einkommen aus Arbeit, Kapital und Vermietung und
- Verpachtung. Sie könnte im Verbund mit der Einkommensbesteuerung erhoben werden. Hierdurch wäre die bisher ungleichmäßige Belastung unterschiedlicher Einkommensarten beseitigt und die Bemessungsgrundlage verbreitert.
 - Auf den kurzfristigen Prüfstand zu stellen sind darüber hinaus
 - die Höhe der Beitragsbemessungsgrenzen (man kann auch Leistungen begrenzen bei unbegrenzter oder deutlich erhöhter Bemessungshöhe)
 - die aus Beiträgen zu finanzierenden Leistungen (Der DGB vertritt z.B. die Position, dass die Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung sondern aus Steuermitteln erfolgen sollte.)
 - das Prinzip der unmittelbaren Proportionalität bei der Beitragsberechnung. Denkbar sind alternativ je nach Einkommenshöhe unterschiedliche Beitragssätze. Dies wurde z.B. in Frankreich realisiert.

6. Zur institutionellen Verankerung des Sozialversicherungssystems

Das Vertrauen in das bisherige System der Finanzierung resultiert trotz all seiner Schwächen auch daraus, dass es seit über 120 Jahren besteht. Die insbesondere in den letzten 15 Jahren gemachten intensiven Erfahrungen mit der Beliebigkeit bei der Veränderung von sozialpolitischen Leistungen je nach Kassenlage hat zu einer starken fast existenziellen Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Entsprechend bestehen hohe Reserven gegen eine unmittelbare Finanzierung der Sozialleistungen aus Bundes- und Länderhaushalten. Voraussetzung für eine Akzeptanz eines reformierten Systems wären institutionelle Regelungen, die willkürliche nicht regelgebundene politische Interventionen verhindern und somit vor Tagesaktionismus schützen. Solche Mechanismen existieren bereits an anderer Stelle im politischen System Deutschlands, exemplarisch sei auf den Modellfall Bundesbank verwiesen. Auch höhere Quoren für Veränderungsbeschlüsse oder komplexere Beteiligungsprozesse unterschiedlicher Gremien wären denkbar.



... gut für Sie:

Ab 4. Oktober:
Die fantastischen Weltpartags-
Knüller für die ganze Familie.

CineStar
Der Filmpalast.

Sparkasse
Erlangen

Tun Sie Ihrer Familie etwas Gutes. Ob fantastische Weltpartags-Anlage, lückenlose Kinder-Vorsorge, ein Familien-Erlebnis mit günstigen Kinokarten für das CineStar am 30.10.2005 oder toller Familien-Fotowettbewerb mit fantastischen Preisen. Ihre Familie ist uns sehr viel wert – Ihnen auch? Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Berater oder unter www.sparkasse-erlangen.de.
Nicht vergessen: Weltpartag am 28.10.2005 – Spardosen leeren!

Unsere fantastische Sparkassen-Familie: Angela und Peter Gläbel, Leiter der Sparkasse Uttenreuth; Katrin, Sophia und Klaus-Peter Gläbel, Mitarbeiter der IT-Organisation

Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir möchten allen, die im Oktober ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

Oktober 2005

01.10. Siegfried F Pilawa
70 Jahre

05.10. Herbert Ritzer
70 Jahre

08.10. Fritz Spath
78 Jahre

16.10. Winfried Eibl
74 Jahre

16.10. Georg Fellner
92 Jahre

16.10. Anni Sammetinger
81 Jahre

17.10. Doris Klein
60 Jahre

20.10. Reinhart Groebe
50 Jahre

22.10. Jose Luis Ortega Lleras
50 Jahre

25.10. Günter Lüling
77 Jahre

28.10. Charlotte Schwarz
89 Jahre

15 Jahre Partnerschaft Erlangen – San Carlos

Mit einem Treffen der europäischen Partnerstädte von San Carlos begeht Erlangen vom 21. bis 23. Oktober 2005 das 15jährige Bestehen der Partnerschaft mit der lateinamerikanischen Kommune im Südosten Nicaraguas. Die Begegnung, die von den Partnern in Europa im Wechsel organisiert wird, dient dem Erfahrungsaustausch über die aktuelle politische und soziale Situation in Nicaragua und San Carlos, der Information über durchgeführte und der Festlegung neuer Projekte.

Aus diesem Anlass wird Bürgermeisterin Marisol de los Angeles McRea Quiroz, die seit Januar 2005 im Amt ist, an der Spitze einer kleinen Delegation aus Politik und Verwaltung in Erlangen erwartet. Aus den europäischen Partnerstädten in Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Spanien reisen Vertreter und Vertreterinnen der Städte und von Nichtregierungsorganisationen an, die in der interkommunalen Zusammenarbeit aktiv sind.

San Carlos hat zur Zeit rund 30.000 Einwohner; 9.000 davon wohnen im eigentlichen Stadtbereich, 21.000 in den ländlichen Ortsteilen, die auf einer Fläche von fast 1.500 km² verteilt sind. San Carlos ist der Haupt- und Marktort der Provinz Río San Juan; es lebt von Handel und Gewerbe, Viehzucht und Milchwirtschaft sowie Land-

und Gartenbau in den Dörfern; seit einiger Zeit sind auch Bestrebungen im Gange, den Ökotourismus in der Region zu fördern.

San Carlos hat mit all jenen Strukturproblemen zu kämpfen, die für Nicaragua leider typisch sind: Die Arbeitslosigkeit beträgt ca. 25%, ein Großteil der Bevölkerung findet lediglich eine unterbezahlte Beschäftigung im informellen Sektor. Nur rund ein Viertel der Einwohner im Hauptort ist an das Trinkwassernetz angeschlossen; die ländliche Bevölkerung ist auf Brunnen angewiesen, und die Wasserqualität ist schlecht. Eine Kanalisation existiert in geringem Umfang nur im Stadtbereich. Für das gesamte Gebiet von San Carlos steht eine einzige, zudem überlastete Mülldeponie unter freiem Himmel zur Verfügung, und die Abfälle können in keiner Weise bearbeitet werden. Atemwegs- und Durchfallerkrankungen sind vor allem bei Kindern häufig; weitverbreitete Krankheiten sind auch Tuberkulose, Malaria, Parasitenbefall, Fehl- und Mangelernährung.

Die Schwierigkeiten bei der Trinkwasserversorgung und die Abwasserprobleme werden ein Schwerpunktthema auf dem Treffen der europäischen Partnerstädte von San Carlos sein. Weitere Diskussionspunkte sind unter

anderem die Verbesserung der Situation in den ländlichen Ortsteilen und die Förderung des Öko-Tourismus durch die Schaffung entsprechender Infrastrukturen.

Der Arbeitskreis „Eine Welt – San Carlos“, der im Sommer 2005 aus den Reihen der „Lokalen Agenda 21“ initiiert wurde, unterstützt tatkräftig die Vorbereitung und Durchführung des Treffens im Oktober. Darüber hinaus widmet er den Jahresschwerpunkt 2006 der Kooperation mit der nicaraguanischen Partnerstadt bei Vorhaben, die während des Treffens definiert werden.

Gemeinsam mit dem E-Werk und dem Bürgermeister- und Presseamt der Stadt Erlangen organisiert der Arbeitskreis am Freitag, 21. Oktober 2005 eine Benefizveranstaltung. Die „Fiesta Latina“ beginnt um 21:00 Uhr in der Kellerbühne des E-Werks. Die Band „La Charanguita“ und das Tanzpaar Roberto Vallecillo und Maria José Briceño, das direkt aus San Carlos kommt, sorgen für heiße Musik und mitreißende Tanzeinlagen.

Der Eintritt beträgt an der Abendkasse 10,00 EURO. Der Erlös des Abends kommt einem Projekt für die Menschen in der Partnerstadt zugute.

Dagmar Palival



Vorsitzender:

Christofer Zwanzig Tel.: 4003764

eMail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Anger

Liebe Genossinnen und Genossen

Vorschlag für die Tagesordnung

Wir laden Euch herzlich ein zu unserer **Distriktversammlung** am

1. Berichte

**Dienstag, den 18. Oktober
2005
um 20.00 Uhr
im Angerwirt
(Guhmannstraße 10)**

2. Aktuelle bundespolitische Lage

3. Planung weitere Arbeit

- **Veranstaltung/ Infostand Halbzeitbilanz**
- **Veranstaltung Integration von AusländerInnen**

ein.

Der **Distriktvorstand** trifft sich bereits um 19.30 h im Angerwirt.

Für den Vorstand mit solidarischen Grüßen

Christofer Zwanzig

Bruck



Liebe Genossinnen und Genossen,
zu unserer nächsten Sitzung möchte ich euch herzlich einladen

**am Dienstag, 18. Oktober
2005
um 20.00 Uhr
beim FSV- Bruck**

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Aktuelles

2. Ergebnisse der Bundestagswahl in Bruck

3. Halbzeitbilanz der SPD- Fraktion

4. Verschiedenes

Über eine rege Teilnahme würden wir uns freuen.

Für den Vorstand

Wolfgang Peter

Vorsitzender:

Wolfgang Peter Tel.: 303090

eMail: bruck@spd-erlangen.de

Eltersdorf



Vorsitzender:

Manfred Jelden Tel: 601333

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Distrikttreffen ist am

**Dienstag, den 18. Oktober
um 20 Uhr
im Schützenhaus Eltersdorf**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand

Manfred Jelden



Frauenaurach

Einladung zur Mitgliederversammlung
des Distriktes Frauenaurach

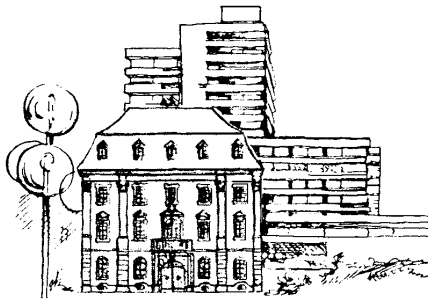
**Am Dienstag, den 4. Oktober 2005 um 20.00 Uhr
Im AWO-Raum,
Gaisbühlstr. 4**

Die Tagesordnung wird am Abend bekannt gegeben.

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

Vorsitzender:
Thomas Hain



Innenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu unserer nächsten Sitzung treffen wir uns

**am Dienstag, 25. Oktober 2005
um 20.00 Uhr
im Nebenzimmer des
Mohrenkopf.**

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

- 1. Aktuelles**
- 2. Ergebnisse der Bundestagswahl
in der Innenstadt**

**3. Halbzeitbilanz der SPD-Fraktion:
Konsequenzen für den Distrikt**

4. Verschiedenes

Über eine rege Teilnahme würden wir uns freuen.

Für den Vorstand

Barbara Pfister

Vorsitzende:

Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de



Ost

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

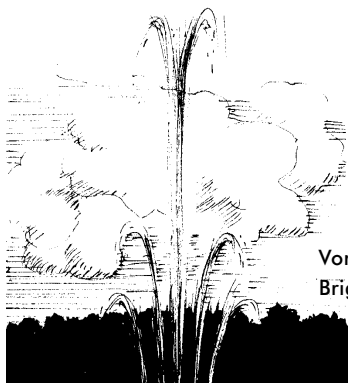
**am Mittwoch, den
19.10.2005, 20.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir haben im Erlanger Osten wieder ein herausragendes Ergebnis für die SPD erreicht. Bei allen Helferinnen und Helfern die dazu ihren Beitrag geleistet haben bedanke ich mich ganz herzlich.

Jochen Kraft

Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de
stellvertretende Vorsitzende:
Monika Wendler Tel.: 401737
e-mail: moni.wendler@gmx.de



Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Süd

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch recht herzlich ein zu unserer Distriktversammlung am:

**Mittwoch, 19. Oktober
2005 um 20.00 Uhr
im Biergarten Röthelheim.**

Tagesordnung: wird aktuell beschlossen!

Für den Vorstand:

Brigitte Rohr

Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktversammlung

**am Dienstag, 11.10.05
Schlossgaststätte
20.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. **Berichte (KV, KMV etc.)**
2. **Aktuelles: Rückblick auf die Bundestagswahl und den Wahlkampf**
3. **Auswertung der Tennenloher Ergebnisse**
4. **Bolzplatz**
5. **Verschiedenes**

Einladung an alle Genossinnen und Genossen in Tennenlohe und im Kreisverband für den

**Sonntag, den 13.11.05
zum Gansessen
ab 11.30 Uhr in der
Schlossgaststätte**

Gratulation !

Der Distrikt Tennenlohe gratuliert dem Vorsitzenden des Partner-Ortsvereins der SPD in Jena-Lobeda **Volker Blumentritt zum Gewinn des Direktmandats im Wahlkreis 195** (Gera - Jena- Saale-Holzfeld-Kreis) gegen Bodo Ramelow von der Linkspartei/PDS.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter



Vorsitzender:
Rolf Schowalter Tel.: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktversammlungen vom 2.8.05

- Der im CSU-Blatt „Tennenloher Times“ vorgeschlagene Standort eines Bolzplatzes in Ortsmitte wird von uns skeptisch beurteilt. Wir diskutieren Alternativen und werden uns nach der Wahl weiter damit befassen.

- Einzelheiten zum Tennenloher Boten, zum Besuch von Renate Schmidt bei Fiesta und Kirchweih und zum Wahlkampf werden besprochen.

... und 13.9.05

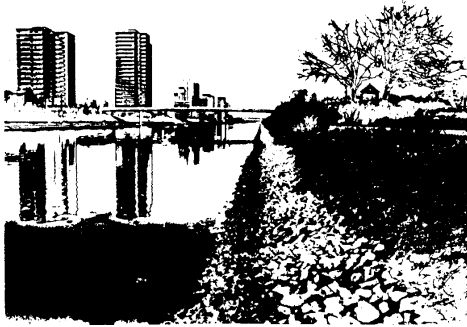
- Zum Tennenloher Boten (August) haben wir aus der Bevölkerung zahlreiche anerkennende Rückmeldungen erhalten. So wurde der Artikel mit der Gegenüberstellung der Programmatik von SPD und CDU/CSU sehr gelobt (Verfasser: Chr. Schnapper) wie auch die gesamte Aufmachung und die breite Berücksichtigung von nicht parteibezogenen Ereignissen. Es liefen aber auch einige Beschwerden wegen Nichtberücksichtigung bei der Ker-

wäübersicht und wegen einer unkorrekten Information ein. Fazit: der TB wird von vielen aufmerksam gelesen! Wir überlegen, wie die Reaktionen der Leser/-innen künftig gewürdigt werden können.

- Renate war bei Fiesta und Kirchweih gut angekommen.

- Letzte Absprachen zum Wahlkampf

C. Schnapper



Vorsitzender:
Gerd Peters Tel.: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

Die September-Versammlung hat zum Redaktionsschluss noch nicht stattgefunden, daher keine Protokollnotizen

West

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu unserer Oktober-Distriktsversammlung

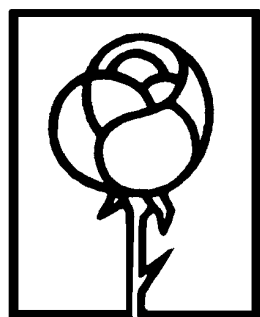
**am Mittwoch, 19.10.05 um
20.00 im Gasthof „Zur
Einkehr“ (Güthlein)**

möchten wir Euch herzlich einladen.
Folgende Tagesordnung ist vorgesehen

1. Berichte aus
 - Kreisvorstand
 - Fraktion
 - Ortsbeirat

2. Planungen für das Cesiwid-Gelände (Bereich Freibad-West / Obi)
3. Haushaltsplan 2006 der Stadt – Stand der Dinge, Planungen, Ideen
4. Vorbereitung einer Befragung/Diskussion mit Mitgliedern über die Motivation (auch fehlende M.) zur Mitarbeit und Anregungen zur Verbesserung der Parteiarbeit
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Gerd Peters



ASF

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114
Birgit Hartwig Tel.: 55939
Hildegard Gröger Tel.: 502415
Julie Mildemberger Tel.: 23435

Liebe Genossinnen,
wir laden Euch zu unserer öffentlichen Sitzung am

**Mittwoch, den 5. Oktober
im Dritte Welt Laden,
Neustädter Kirchenplatz 7**

ein.

Wie leben Frauen in Nord-Nigeria?

Politische und historische Hintergründe zur aktuellen Situation in Nigeria

Im Jahr 2002 waren Frauen aus dem muslimischen Norden von Nigeria in aller Munde – zwei Frauen sollten gesteinigt werden, weil sie außerhalb der Ehe schwanger geworden waren. Die Urteile sind bis heute nicht vollzogen, sind sogar aufgrund Verfahrensfehler aufgehoben worden.

Warum? Lag es am Protest der vielen Menschen weltweit? Was für einen Hintergrund hat die Einführung der Scharia im Norden Nigerias?

Was bedeutet sie für die Frauen?

Wir wollen darüber in der Veranstaltung mit Ihnen ins Gespräch kommen und auch diskutieren, inwiefern internationale Einmischung sinnvoll ist oder nicht.

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Erlangen, Dritte Welt Laden Erlangen e. V.

Terminvorschau:

- 9.11: AsF-Versammlung
- 7.12: AsF-Versammlung
- 17.12: Jahreabschlussfeier

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:
Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossinnen und Genossen!
Im Oktober findet unser Treffen wieder im

**August-Bebel-Haus statt,
und zwar
am 11.10. um 17 Uhr.**

Thema: Angesichts der noch unübersichtlichen Lage in Berlin wollen wir die

anstehenden Fragen zur Gesundheits- und Rentenpolitik noch verschieben und stattdessen über unsere weiteren Planungen für die nächsten Monate sprechen. Da in den zurückliegenden Monaten nur sehr wenige von Euch dabei waren, würden wir uns über mehr Anwesende und deren Anregungen und Ideen sehr freuen.

Eure Brigitte



SPD - Rathaustelegramm

Trotz knapper Mehrheit für die Arcaden: Die SPD-Fraktion bleibt auf kritischer Distanz

Trotz der knappen Mehrheit für die Arcaden bei der Stichfrage zu Bürgerentscheid und Ratsbegehren bleibt die SPD-Fraktion auf kritischer Distanz. Dazu Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas während der umstrittenen Sondersitzung des Stadtrates am 19.9.2005: **„Wir wissen sehr wohl um die Rechtsverbindlichkeit des gestrigen Votums. Wenn wir heute dennoch die Zustimmung zur Baugenehmigung verweigern, geschieht dies nicht nur, um der sehr großen Minderheit in der Bürgerschaft in diesem Stadtrat eine Stimme zu geben, es geschieht vor allem auch aus Protest gegen all' die unerhörten Vorfälle im Vorfeld der gestrigen Abstimmung,“**

Wir dokumentieren nachfolgend ihre Stellungnahme zu diesem für die Entwicklung der Einzelhandelsstandortes Erlangen sehr weitreichenden Beschluss:

„2004 haben die Bürgerinnen und Bürger mit einer Mehrheit von 59,4 % zugestimmt, die Planungen für das Arcadenprojekt fortzusetzen, am 18. September 2005 hatten sie die dank des Antrages der Initiative „stadtverträgliche Arcaden“ die Möglichkeit, über das konkrete Projekt abzustimmen. 69,7 % haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht - das ist gut so. Das von SPD, Grüner Liste und ÖDP, vom Erlanger Einzelhandelsverband, der Erlanger Bürgergemeinschaft, der Interessengemeinschaft Altstadt, vielen in Erlangen ansässigen Geschäften und Geschäftsleuten, den Gewerkschaften ver.di und IG Metall sowie dem Bund Naturschutz zur Abstimmung gestellte Projekt „stadtverträgliche Arcaden“ hat eine deutliche Mehrheit bekommen. Dieses Ziel, auf dem ehemaligen Postgelände eine Bebauung zu entwickeln, die in der Größenordnung dem Einzelhandelsstandort angepasst ist, die gut vernetzt ist mit der südlichen Innenstadt, die moderne Tagungsräume anbietet, die wir dringend als Ergänzung für die in die Jahre gekommene Ladeshalle brauchen und die Platz lässt für attraktive Wohnungen, haben wir bisher gemeinsam vertreten. Für dieses Ziel werden wir uns auch künftig mit allem Nachdruck einsetzen, gemeinsam mit allen Partnern und Gleichgesinnten. Die Arcaden in der geplanten Größenordnung lehnt die SPD-Fraktion weiterhin ab.

Auch das Ratsbegehren „kundenfreundliche Arcaden“ hat eine Mehrheit bekommen. Damit wird deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in jedem Fall eine Entwicklung des ehemaligen Postgeländes wollen.

Auch bei der Stichfrage hat das Ratsbegehren die Mehrheit der Stimmen bekommen. Hier müssen wir feststellen: Wir haben unser Ziel nicht erreicht. Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen.

Lag die Zustimmung für die Weiterplanung für das Projekt noch vor einem Jahr bei 59,4%, ist sie um 6 Prozentpunkte auf 53,5% geschrumpft. 46,5% der Bürger und Bürgerinnen wollen kleinere Arcaden oder auch gar keine.

Angesichts dieses Ergebnisses sollten Sie, Herr Oberbürgermeister, und Sie sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Mehrheit anstelle einer Sondersitzung eine Denkpause einlegen und sich dabei folgende Fragen stellen:

Wie kommt es, dass im Gegensatz zu 2004 - wo gleichzeitig die Europawahlen stattfanden - die Abstimmungsteilnahme am Bürger- und Ratsbegehren 10% niedriger liegt als bei der Bundestagswahl? Warum gibt es mit 7421 von 53242 – also über 13 % -eine so außergewöhnlich große Zahl von ungültigen Stimmen beim Stichentscheid? Wurde Ihre Absicht, den Bürgerinnen und Bürgern den Durchblick möglichst zu erschweren durch den unzureichenden und tendenziösen Inhalt der Information zum Ratsbegehren, die unzureichende Aufklärung zur Stichfrage und durch die arg „geschraubte“ Fragestellung – ich zitiere hier im O-Ton Wahlhelfer - am Ende doch zu weit getrieben?

Eine halbe Million Euro hat mfi sich die bunte Werbekampagne kosten lassen, Sie, Herr Oberbürgermeister, haben sie schalten und walten lassen: die Plakatierungsverordnung der Stadt Erlangen wurde bis an die Grenze der Rechtswidrigkeit gedehnt, die Siemens-Standortleitung -ist dort nicht ein CSU-Stadtrat an führender Stelle tätig?- hat sich in feudalistischer Manier nicht geschaut, ihren MitarbeiterInnen Abstimmungsempfehlungen zu geben, die mit innerbetrieblichen Angelegenheiten nichts zu tun haben. Und dann nur eine Mehrheit, die mit einem Minus von 6%-Punkten deutlich unter dem Ergebnis vom letzten Jahr bleibt: Es ist nicht gelungen, die ErlangerInnen zu einer überwältigenden Zustimmung zu bewegen!

Mehr noch: Das ganze Procedere von der Weigerung, sogar mit Hilfe der Verwaltungsgerichte der Bürgerinitiative „Stadtverträgliche Arcaden“, ihr demokratisches Recht auf Abstimmung vorzuenthalten, ihre Weigerung, gegenüber dem Investor selbstbewusst die Interessen der Stadt zu vertreten, wie es in Würzburg und Rosenheim couragierte CSU-Oberbürgermeisterinnen getan haben, ihre Weigerung, anderen Investoren als der mfi ihr Recht auf Wettbewerb zu sichern, all das zeigt erneut nicht nur Ihre einseitige Gefolgschaft gegenüber einem einzelnen Investor, sondern auch Ihre fehlende Kompetenz zur Sicherung qualifizierter, konsensorientierter Bürgerbeteiligung zum Wohl der gesamten Stadt.



SPD – Rathaustelegramm

Die SPD-Fraktion wird die Arcaden äußerst kritisch begleiten. Der Münchner Skandal darf sich nicht wiederholen. Dort wurde von der mfi anders gebaut als genehmigt. **Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin dafür stark machen, vor allem das vorhandene Potential des Einzelhandelsstandortes weiterzuentwickeln. Es kann und darf nicht sein, dass unter Verweis auf mfi den in Erlangen ansässigen Geschäftsleuten und Unternehmen jegliche Perspektive verweigert wird. Wir wollen Entwicklung, aber bitte stadtverträglich. Dafür steht die SPD- jetzt und in Zukunft.**

Anger-SPD und Stadtratsfraktion unterstützen die Schulbibliothek in der Pestalozzischule

Protest gegen Büchergeld und Kürzungen im Bildungsbereich

Ungewöhnlich, aber erfolgreich protestierten Christofer Zwanzig, Sandra Radue und Waltraud Schüssler vom Vorstand der Anger-SPD und weitere engagierte Parteimitglieder zusammen mit den SPD-Stadträten Harald Krebs, schulpolitischer Sprecher, und Wolfgang Vogel, MdL, gegen das unsoziale Büchergeld, das Bayern ab diesem Schuljahr von den Eltern für ihre Schulkinder verlangt: Sie sammelten Bücher für die Schulbibliothek der Pestalozzischule, der Grundschule im Stadtteil. Vier Riesenkartons mit guten und spannenden Kinderbüchern kamen zusammen; in Gesprächen mit den SpenderInnen und vielen Interessierten erfuhr die SPD viel Zustimmung zu ihrer massiven Kritik an der weiteren Verschlechterung der Chancengleichheit in der bayerischen Schulpolitik.

Endgültiges Aus für Edeka-Markt in Alterlangen

Nun steht es fest: Der Edeka-Markt in der Schallershofer Str. wird zum 8.10. endgültig schließen. Da derzeit keine alternativen Einkaufsmöglichkeiten in diesem Gebiet zur Verfügung stehen, setzt sich die SPD weiterhin dafür ein, die Nahversorgung der Anwohnerinnen und Anwohner in diesem Gebiet sicherzustellen. Bereits im Mai 2004 sollte der Laden geschlossen werden. Das beherzte Eingreifen der beiden SPD-Stadträte Ingrid Kiesewetter und Fred Milzarek konnte Vermieter und Edeka Zentrale überzeugen, dass der Laden für eineinhalb Jahre weiterhin geöffnet bleibt. Leider fiel der Umsatz in dieser Zeit weiter, der Laden kann nicht mehr wirtschaftlich fortgeführt werden. Es ist nun dringend nötig, an einer anderen Stelle im südlichen Alterlangen alternative Einkaufsmöglichkeiten zu finden. „Vor allem den Älteren und den Bewohnerinnen und Bewohnern des nahen Altenheims sind wir dies schuldig,“ so Stadträtin Ingrid Kiesewetter.

IZBB: SPD-Fraktion fordert Verstärkung des Protestes gegen Kürzungen der bayerischen Staatsregierung

Aufgrund der erheblichen finanziellen Belastung in Höhe von 2,5 Millionen Euro, die die Zuschusskürzungen durch die Staatsregierung für den städtischen Haushalt bedeuten, hält die SPD-Fraktion eine Verstärkung des öffentlichen Drucks auf den Freistaat auch durch Oberbürgermeister und Stadtrat für dringend erforderlich. Über die von uns bereits im Juli beantragte Beteiligung der Stadt Erlangen an einer Klage gegen den Freistaat hinaus sollten weitere Schritte eingeleitet werden, um unseren Protest deutlich zu machen.

Der Freistaat nutzt die großzügig vom Bund bereitgestellten Mittel (für Bayern rund 600 Millionen Euro) nicht zum vorgesehenen Zweck, der Einrichtung von Ganztagschulen, sondern zur Umsetzung der übereilten Einführung des achtjährigen Gymnasiums. Diese Form der Finanzierung des G8 hat nicht nur zur Folge, dass Haupt- und Realschulen dadurch bei der Förderung kaum zum Zuge kommen, sondern logischerweise auch dazu geführt, dass die Zahl der Antrag stellenden Schulen sehr hoch ausfällt – und damit die Bundeszuschüsse nicht für alle geplanten Maßnahmen reichen.

Statt nun jedoch seiner Pflicht im Rahmen des Konnexitätsprinzips nachzukommen (die Kommunen haben G8 nicht bestellt!) und die fehlenden Mittel aus Landesgeldern zu ergänzen, hat die Staatsregierung pauschal die Zuschüsse an die Kommunen gekürzt: Sie wälzt damit wieder einmal Kosten auf die finanziell ohnehin unzureichend ausgestatteten Städte und Gemeinden ab. Dieses Vorgehen des Freistaates ist umso ungeheuerlicher, als die Planungen der allein aufgrund des G8 erforderlichen Baumaßnahmen – wie im Fall der Stadt Erlangen - vielfach bereits von den Bezirksregierungen abgesehen worden waren. So erweist der Freistaat sich als unzuverlässiger Partner der Gemeinden, der eigene Sparziele zu deren Lasten – und damit zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger - durchsetzen will. Die Stadt muss daher alle ihr möglichen Wege beschreiten, um gegen diese Praxis der Staatsregierung zu protestieren.

Unsere Anträge:

- Bebauung Moosweg – Rangauweg in Dechsendorf
- Kein Einkauf von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit
- Straßensozialarbeit in der Innenstadt
- Gasnutzung auf der Alt-Deponie Buckenhof
- Zusatzmittel für die Deutsch Offensive in Höhe von 3.500 Euro

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Christian Pech



Wir gratulieren Renate Schmidt zum Einzug in den Deutschen Bundestag



Wir wünschen ihr ein erfolgreiches Wirken in der neuen Legislaturperiode und eine gute Zusammenarbeit in unserem Kreisverband Erlangen.

Deutschland braucht eine stabile Regierung.

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist ein Erfolg für die Sozialdemokratie.

Wir haben altes Vertrauen zurückgewonnen und neues Vertrauen dazugewonnen.

Die Mehrheit der Menschen will, dass Gerhard Schröder Bundeskanzler bleibt.

Nun kommt es darauf an, dass Deutschland eine stabile und handlungsfähige Regierung erhält. Das Interesse unseres Landes muss im Mittelpunkt der Koalitionsverhandlungen stehen. Wir wollen unsere Politik fortsetzen, die die Erneuerung Deutschlands in sozialer Verantwortung zum Ziel hat.



SPD